Herzschläge Bulletin
Zeitung gegen die Kriminalisierung von AntifaschistInnen
Nummer 2 Berlin - Oktober 1994

Anklage: Haltbarkeitsdatum abgelaufen?

Der zweite Verhandlungstag begann mit einem Eklat / Erste Stellungnahmen der Gefangenen

Am 27.09.94 begann (diesmal etwas pünktlicher) der zweite Verhandlungstag. Vor der Tür wurden wir diesmal nicht von einer sich dümmlich tarnenden Gruppe Zivilpolizisten bedrängt, wir durften auch Schreibmaterial mit in den Gerichtssaal nehmen, Kugelschreiber wurden allerdings durch „gerichtstaugliche Bleistifte" ersetzt. Die Kontrollen wurden jedoch beibehalten, so daß bereits um 7.30 Einlaß war, damit der Saal sich in 1,5 Stunden mit 65 Zuschauern füllen konnte. Mensch darf von der Justiz keine zu große Hast erwarten.

Gleich zu Beginn wurde das Publikum von der Richterin für den vergangenen Verhandlungstag gerügt. Es war klar, daß sich eine derartig nette und entspannte Atmosphäre nicht noch mal wiederherstellen ließ, da die Richterin das Bedürfnis hatte, durchzugreifen.



Rassismus als Alltag, München 1992

"Sicherheitsbestimmungen"

Den Gefangenen wurde bis nach dem Ende ihrer Einlassungen untersagt, gemeinsam zu rauchen und sich zu unterhalten, außer über private Dinge, dies jedoch auch in türkisch. Das Trennungsgebot besteht weiter und wurde von der Richterin nicht aufgehoben. Die Sicherheitsbestimmungen für das Verfahren wurden nicht aufgehoben, da die Richterin der Ansicht war, daß weiterhin mit einer Störung des Verfahrens und Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten im Gerichtssaal zu rechnen sei.

Die Anklageverlesung

Nach diesem Vorgeplänkel kam es dann zum ersten großen Auftritt der Frau Staatsanwältin Nielsen, zur Verlesung der Anklageschrift. Es wurde ein peinlicher Auftritt! Frau Nielsen beharrte schon beinahe kindisch darauf, die von ihr fabrizierte Anklageschrift vorzutragen und nicht die vom Gericht zugelassene Anklage zu verlesen, wie es ihre juristische Pflicht gewesen wäre. So mußten wir uns die Anklage einmal falsch, auf massive Intervention der Anwälte und der Richterin dann fast richtig (richtige Gesetze benannt, aber falsche Darstellung) insgesamt dreimal hintereinander anhören. Frau Nielsen schien schlecht vorbereitet und hoffte vielleicht, wenn sie ihre „Mörderbanden"-Darstellung nur oft genug wiederholt, daß sie dann richtiger und glaubwürdiger wird.

Die vom Gericht zugelassene Anklage lautet: „Gemeinschaftlicher Mord und sechsfache gefährliche Körperverletzung".

Für Erkan, der laut Richterin Eschenhagen zum Tatzeitpunkt schuldunfähig war, beantragte die Staatsanwältin Nielsen lebenslange Unterbringung in einer ge-

(Fortsetzung nächste Seite)

Kommt zum Prozeß!

Koordiniert eure Prozeßbesuche mit den UnterstützerInnen:

Für Berlin: Über das öffentliche Donnerstagstreffen: 19.00 Uhr, Blauer Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin-Kreuzberg
Für außerhalb: Über das Prozeßbüro (Tel.+Fax: 694 93 54)

Falsche Anklage...

schlossenen psychiatrischen Einrichtung. Erkan ist psychisch schwer erkrankt. Er muß in qualifizierte Behandlung, damit sich sein Zustand verbessert und er wieder gesund wird. Eine lebenslange Unterbringung in einer geschlossenen Psychiatrie ist ungeeignet, therapeutische Erfolge zu erzielen und seine Gesundung voranzutreiben.

Die Öffentlichkeit

Nach der Mittagspause wurde über die Zulassung der Öffentlichkeit entschieden. Erkan erklärte, daß er den Ausschluß der Öffentlichkeit nicht wolle. Frau Eschenhagen gab dann eine Erklärung für die gesamte Kammer ab, in der sie bemerkte, daß das „weltweite Interesse" an diesem Prozeß und die kritischen Blicke auf die Rechtslastigkeit der deutschen Justiz, sowie eine mögliche Vorverurteilung der Gefangenen, einen Ausschluß der Öffentlichkeit verbieten.

Stellungnahmen

Die Gefangenen wurden dann alle gefragt, ob sie sich zu den ihnen in der Anklage gemachten Vorwürfen äußern wollen. Alle, bis auf Fatma beantworteten diese Frage mit „ja". Fatma erklärte, daß ihr „sich nicht äußern", nicht bedeutet, daß sie sich von den anderen distanziere, sondern, daß sie das, was die anderen sagen, mittrage. Abidin gab zuerst seine Stellungnahme ab. Er stellte klar, daß er an dem fraglichen Abend weder in dem Chinarestaurant, noch in dessen Nähe gewesen sei und von dem Vorfall erst am nächsten Morgen gehört habe. Die Aussagen der beiden Jugendlichen seien falsch, richtig wäre nur, daß er Antifaschist sei und aktiv bei Antifa Genclik war. Nach der politischen Erklärung von Abidin gab Fatma ihre politische Stellungnahme zur Anklage und zum gesamten Verfahren ab. Beide Erklärungen waren sehr beeindruckend und wurden vom Publikum mit kurzem Applaus gewürdigt, obwohl wir sofort Ärger mit der Richterin bekamen, die mit Räumung des Saales drohte (Beide Erklärungen sind in dieser Ausgabe des Bulletins dokumentiert). Nach der Verlesung war der Verhandlungstag beendet, wir verabschiedeten uns mit Applaus und kurzen Sprechchören, wobei wir wieder den Unwillen der Richterin hervorriefen. Der ursprünglich vorgesehene Verhandungstag am Freitag, den 30.9.94, fiel wegen Verhinderung eines Beisitzers aus. Es ging dann am Dienstag, 4.10.94 mit der Erklärung von Mehmet und den Stellungnahmen der anderen Gefangenen weiter.



Wer ist hier „terroristisch"? Polizisten während einer antifaschistischen Demonstration in Solingen, Juni 1992

Zu Carlos Haftbedingungen

Anscheinend haben es die „Götter in grau" momentan auf Carlo abgesehen. Nach den ersten zwei Wochen „normaler" Haftbedingungen wurde er zunächst in eine kleine düstere Zelle, voll mit Hakenkreuzschmierereien, verlegt. Aufgrund von Protesten seiner Anwälte bekam er zwar eine andere Zelle, jedoch wurde ihm der vorherige Aufschluß gestrichen.

Zwei Pakete, die ihm aus dem Ausland geschickt worden waren, wurden postwendend und ohne Begründung zurückgesandt, obwohl jede/r Gefangene ein Recht auf den Erhalt von Auslandspaketen hat. Sein reguläres Jahrespaket wurde mit der Begründung, daß sein Antrag angeblich nicht mehr auffindbar sei,ebenfalls zurückgeschickt.

Bücher, die direkt vom Verlag an ihn geschickt wurden, gingen ebenfalls zurück. Erst als der Verlag einen zweiten Versuch unternahm, wurden sie ihm ausgehändigt.

Auf seinen Antrag hin, eine Zelle mit Stromanschluß zu bekommen, wurde ihm mitgeteilt, für ihn beständen „besondere Sicherheitsvorkehrungen", er könne daher keine solche Zelle bekommen. Vor einigen Tagen hat er nun doch eine „Stromzelle" erhalten.

Auch für den Besuch seiner Verlobten gilt absolutes Berührungsverbot. Kürzlich wollten die überwachenden Schließer einen Besuch wegen Händchenhaltens sofort abbrechen. Sie schlugen Alarm und drohten mit Gewaltanwendung. Erst durch die Intervention des stellvertretenden Anstaltsleiters konnte der Besuch dann doch noch fortgesetzt werden. Carlo muß jetzt allerdings mit einer Anzeige seitens der Schließer rechnen, weil er ihre Schikanen nicht schweigend hinnahm.

Unterstützt Carlo, schreibt ihm!

Politische Erklärung von Abidin

■ Die mir in der Anklageschrift gemachten Vorwürfe sind falsch. Ich war am frühen Morgen des 4. April 1992 weder in dem China-Restaurant „Jin Shan", noch in dessen Nähe. Ich war über die dortige Aktion nicht informiert und habe von dem Geschehen erst am nächsten Morgen gehört. Die gegenteiligen Behauptungen von Erkan S. und Bazdin Y. sind falsch. Richtig ist nur, daß ich mich als Antifaschist verstehe und bei Antifasist Genclik mitgearbeitet habe. Nachdem ich mich seit nunmehr über zehn Monaten in Untersuchungshaft befinde, will ich daher zumindest dazu etwas sagen.



Antifasist Genclik ist ein Zusammenschluß türkischer und kurdischer Jugendlicher und Erwachsener. Wir sind eine unabhängige und selbstbestimmte Initiative in Berlin lebender antifaschistischer ImmigrantInnen ohne hierarchische Strukturen: Wir verfolgen das Ziel, uns selbst zu organisieren, unsere Interessen zu artikulieren, unsere demokratischen und politischen Ziele in Deutschland durchzusetzen.

Antifasist Genclik - und meines Wissens die gesamte antifaschistische Bewegung - hat niemals und nirgendwo die Tötung von Nazis als Mittel des antifaschistischen Kampfs propagiert oder entsprechende Aktionen durchgeführt. Für uns ist der antifaschistische Kampf kein Duell zwischen Nazis und Antifas: Für uns ist er ein langfristiger politischer, ideologischer und sozialer Kampf mit dem Ziel einer breiten antifaschistischen Bewegung, da die Nazis nur so gesellschaftlich isoliert werden können. Wir sind weder Abenteurer noch Gewalttäter: wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der es keine Gewalt gibt, für eine Gesellschaft, in der kein Mensch wegen seiner Hautfarbe, wegen seines Geschlechts, wegen seiner Sexualität diskriminiert oder unterdrückt wird. Natürlich sind wir ImmigrantInnen heute durch den ständig wachsenden Rassismus und die sich verstärkenden faschistischen Tendenzen gezwungen, unser Leben, unsere Menschenwürde, unsere Zukunft zu verteidigen. Das immer tiefer in die Gesellschaft eindringende rassistische Gedankengut und seine Folgen sind für die deutsche Gesellschaft ein zentrales Problem: Für uns ImmigrantInnen handelt es sich um die Überlebensfrage. Der rassistische und faschistische Terror richtet sich in erster Linie gegen uns ImmigrantInnen, mehr und mehr aber auch gegen Deutsche, für die in einem „arischen Weltbild" kein Platz ist. Behinderte, Obdachlose, Homosexuelle, Demokraten, Humanisten und Antifaschisten werden zunehmend terrorisiert. Auf offener Straße wird Jagd auf ImmigrantInnen gemacht, Überfälle in S- und U-Bahnen sind alltäglich geworden, Häuser werden in Brand gesetzt, Menschen ermordet. In den letzten Jahren sind fast hundert Menschen bei rassistischen und faschistischen Angriffen getötet worden, tausende wurden verletzt, ganz zu schweigen von den täglichen Diskriminierungen, Erniedrigungen und Angriffen auf unsere Menschenwürde. Wir ImmigrantInnen leben mit der täglichen Angst vor körperlichen und psychischen Angriffen. Viele von uns haben Angst, nachts auf die Straße zu gehen, wachen nachts mit Alpträumen auf.

In einer solchen Situation ist es gerecht und legitim, gegen den rassistischen und faschistischen Terror Widerstand zu leisten. Angesichts der Angriffe auf unsere Menschenwürde und unser Leben wollen wir ImmigrantInnen nicht tatenlos auf den Zeitpunkt warten, in dem wir wie Schafe ins Schlachthaus geführt werden: die Ermordung von Millionen Menschen während der Nazibarbarei darf sich nicht wiederholen. In diesem Sinne versuchen ImmigrantInnen, antirassistische und antifaschistische Initiativen ihrer Verantwortung nachzukommen. Der antirassistische und antifaschistische Kampf ist notwendig. Wir ImmigrantInnen dürfen nicht darauf warten, angegriffen zu werden: wir müssen solche Entwicklungen bereits im Vorfeld aufhalten. Wenn die mörderische faschistische Propaganda immer dreister verbreitet wird, wenn Rassisten sich versammeln, um Flüchtlinge oder fortschrittliche Projekte anzugreifen, dann dürfen wir nicht zuschauen. Wir wollen nicht die Toten in den deutschen Statistiken von morgen, die Juden von übermorgen sein. Dies ist auch unser Land, und dieses Land darf nicht ein zweites Mal von Faschisten in eine Katastrophe geführt werden. So wie der Naziterror vor fünfzig Jahren nicht mit dem Widerstand dagegen auf eine Stufe gestellt werden darf, so wie der deutsche Eroberungskrieg nicht mit der Befreiung Deutschlands gleichgesetzt werden darf, so unterschiedlich sind heute der menschenverachtende rassistische Terror und der gerechte Kampf gegen die faschistischen Mörderbanden.

Das Versagen des deutschen Staates bei dieser Aufgabe ist offensichtlich. Der Nationalismus und die Großdeutschtümelei der letzten fünf Jahre gingen einher mit der Verharmlosung, der Tolerierung und der Förderung von Rassismus und Neofaschismus. Während der ganze Staat seinerzeit gegen die Rote-Armee-Fraktion mobilisiert wurde, wird angesichts der neofaschistischen Herausforderung nur melodramatisch angekündigt, das Problem anpacken zu wollen. Der deutsche Staat sorgt sich heute nicht um die Opfer seiner rassistischen Politik, sondern nur noch um sein Ansehen im Ausland. Der Staat hat den Boden für das bereitet, was wir heute täglich hören: „Deutschland den Deutschen! Ausländer raus! Stoppt den Asylantenstrom!" Deutsche Politiker machen sich rassistische Parolen zu eigen, vor politischer Verfolgung und sozialem Elend fliehende Menschen werden als Scheinasylanten verunglimpft, die ausländerrechtlichen Sondergesetze in immer kürzeren Intervallen verschärft. Obwohl wir ImmigrantInnen seit dreißig Jahren in Deutschland leben und zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen, sind wir von den elementarsten Bürgerrechten wie etwa dem Wahlrecht ausgeschlossen, wird unsere Sprache und Kultur nicht akzeptiert, sind wir Sondergesetzen unterworfen. Es gibt in dieser Republik rechtlich privilegierte Menschen - Deutsche genannt - und rechtlich diskriminierte Menschen - Ausländer genannt -, und die Unterscheidung erfolgt allein nach ethnischen Kriterien. Deshalb müssen wir ImmigrantInnen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen und für unsere politischen Rechte, für unsere Menschenrechte, für unser Lebensrecht selbst kämpfen. Wir wollen zusammen mit allen demokratischen Deutschen gegen Rassismus, Faschismus und Nationalismus kämpfen. Wir wollen nicht schweigen und wie unsere Eltern alles hinnehmen.

Um in dieser Gesellschaft zu überleben, müssen wir ImmigrantInnen und Antifaschisten uns wehren. Sich wehren heißt, dem rassistischen und faschistischen Terror entschlossen entgegenzutreten. Sich wehren heißt, nicht auf die Angriffe der Nazis zu warten, sondern zu verhindern, daß sie ihre Strukturen ausweiten können. Es ist richtig und notwendig zu verhindern, daß die Faschisten auf den Straßen marschieren. Es ist richtig und notwendig zu verhindern, daß sie ihre menschenfeindliche Propaganda verbreiten. Wenn dem menschenverachtenden rassistischen und faschistischen Terror nicht heute entschlossen entgegen getreten wird, ist es morgen zu spät.

Deshalb sage ich: Widerstand jetzt! Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus ist notwendig und gerecht! Auf die Anklagebank gehören die Nazis, aber keine Antifaschisten.

Abidin, 20. September 1994

■ Wir stehen hier heute vor Gericht und werden des „gemeinschaftlichen Mordes" an einem faschistischen Kader, sowie wegen sechsfacher gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Zur Begründung des schweren Vorwurfs heißt es in der Anklageschrift, daß das Motiv „politisch motivierter Haß" sei.

Bedingungen für uns völlig ausblendet.
Wir leben in einem Land,
- in dem es seit der Wiedervereinigung mehr als 60 Tote (Morde) und mehr als 10000 gewalttätige Angriffe auf MigrantInnen, Flüchtlinge, Obdachlose und AntifaschistInnen gibt.

Politische Stellungnahme von Fatma



Gestützt auf die Aussagen eines siebzehnjährigen, der sich seit längerem in einer Nervenheilanstalt befindet. Allein diese Tatsache zeigt, daß es einzig im Interesse des Staatsschutzes und der Staatsanwaltschaft ist, uns als aktive AntifaschistInnen, MigrantInnen zu kriminalisieren, einzuschüchtern und abschreckende Urteile zu erwirken, die stellvertretend für all diejenigen geltend gemacht werden sollen, die sich als MigrantInnen, Flüchtlinge, Obdachlose und Behinderte mit ihrer Opferrolle nicht abfinden wollen.
Wir stehen hier in erster Linie als Immigrantinnen und gleichzeitig als aktive AntifaschistInnen vor Gericht, uns als Betroffene von Brandstiftungen, Morden, Pogromen durch rassistische Totschläger und Neonazis, wird das Motiv „politisch motivierter Haß" zugrunde gelegt.
Von einem Gericht, daß eine Nebenklage zuläßt, die damit begründet ist, daß die betreffende Person „seelischen Schaden" davon getragen hätte, von einer Person, die durch ihre Aktivitäten in der faschistischen Partei Deutsche Liga verantwortlich ist für mehr als 60 Tote (Morde) und tausenden von Angriffen auf Flüchtlinge und ImmigrantInnen. Von einer Person, die durch ihre Propaganda, Hetzschriften und menschenverachtende Politik nicht nur dafür sorgt, daß wir ImmigrantInnen, Flüchtlinge von den Angriffen, Ereignissen „seelischen Schaden" davon tragen, sondern nicht mehr unseres Lebens sicher sind.
Von einer Justiz, die nur aus Deutschen besteht, weder dem Rassismus in diesem Land ausgesetzt ist, noch sich jemals durch die Ereignisse und dem Klima bedroht fühlt, doch seiner deutschen Tradition treu die Verhältnisse in diesem Land umdreht, aus uns eine brutale Mörderbande zu konstruieren versucht und aus den Nazis arme Opfer macht, mit Urteilen wie im Falle des Auschwitz-Leugners Deckert auch auf der juristischen Ebene Angriffe, Pogrome, Morde an uns Immigrantinnen und Flüchtlingen legitimiert, somit die gesellschaftlichen

- in dem Naziaufmärsche, Veranstaltungen geduldet und durch die Polizei, Justiz und die Politiker unterstützt werden.
- in dem Menschen wegen ihrer Hautfarbe und Herkunft von rassistischen Totschlägern auf der Straße gejagt und zu Tode getreten werden, hunderte von Menschen, bzw. Deutsche daneben stehen und die Angreifer begeistert beklatschen und bejubeln.
- in einem Land, in dem wir tagtäglich auf Behörden, Schule, Arbeit und auf der Straße diskriminiert, angepöbelt und bedroht werden, die Grenzen für Menschenwürde, Recht und das Recht auf Leben seit langem nicht mehr existieren.
- die traurigen und zugleich erschreckenden Bilder, für viele Menschen, doch für uns ImmigrantInnen, Flüchtlinge eine real existierende Bedrohung, in Rostock, Hoyerswerda, Mölln, Solingen, wo Menschen im Schlaf angezündet und ermordet werden, wo eine Horde von Neonazis und rassistischen Totschlägern mit einer großen Zustimmung eines Teils der Bevölkerung tagelang versucht, mehr als hundert Flüchtlinge im Feuer zu begraben.
- eine Polizeihundertschaft, die schweigend und im stillen Einverständnis mit den Mördern sich zurückzieht und zuschaut. Die gleiche Polizei, die, wenn es um antifaschistische Demonstrationen, Veranstaltungen geht, sehr wohl *ihre* Macht demonstrieren kann, in dem es eine Menschenmenge knüppelschwingend auseinanderhauen kann und dies in der Presse als einen Erfolg gegen sog. Linksextremisten und Chaoten verlauten läßt.
- Die Reaktion dieses Staates, der Politik und Medien öffentlich um Verständnis für die Ängste und sozialen Probleme der Angreifer, Mörder, Brandstifter zu werben, das Asylrecht zu verschärfen bzw. abzuschaffen und im Ergebnis die Opfer aufgrund ihrer bloßen Anwesenheit zu den eigentlichen Tätern erklärt.
- in dem etablierte Parteien diese rassistischen-faschistischen Ereignisse zum Anlaß nehmen, wie mit Parolen „das Boot ist voll", „Asylantenschwemme" und „wir sind auch gegen das Wahlrecht für Ausländer" für deutsche Wählerstimmen zu werben. Rassismus und Gewalt gegen Minderheiten hat in diesem Land viele Gesichter, sie fängt mit

Diskriminierung, Ausländergesetzen, Asylantengesetzen durch die Politik dieses Staates an und endet mit rassistischen Pöbeleien auf der Straße, Behörden, Schule, Arbeit und bedroht unser Leben. Jeder der/ die in diesem Land lebt und diese Ereignisse schweigend hinnimmt, billigt und unterstützt auch die militanten, rassistisch-faschistischen Angriffe in Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen und vielen anderen auf Flüchtlinge, Immigrantinnen, auf unser Leben, Würde und erklärt uns als lebensunwert.
So sieht unsere Realität aus, mit einer Gewalt in der Politik und auf der Straße konfrontiert, die keine Grenzen mehr kennt, ist es für uns Migrantinnen, Flüchtlinge und für alle anderen Minderheiten wichtig und lebensnotwendig, uns zu organisieren.
In einem Klima der zunehmenden Gewalt von rechts, der Rechtlosigkeit für Minderheiten, Ausgrenzung, Diskriminierung und der Bedrohung auf unser Leben, hat sich die Initiative Antifasist Genclik (Antifaschistische Jugend) gegründet. Gegründet von Menschen verschiedener Generation, in der auch ich (Fatma) aktiv bin. Antifasist Genclik ist eine offen und legal agierende Initiative, sie ist weder hierarchisch strukturiert, noch gibt es Menschen, die sich als Anführer begreifen oder es in dem Sinne praktizieren.
Der Schwerpunkt unserer antifaschistischen Arbeit liegt darin, durch eine längerfristige politische Arbeit mit MigrantInnen, antifaschistischen Initiativen, allen humanitär und demokratisch eingestellten Menschen gemeinsam, unsere sozialen und politischen Interessen zu verteidigen und sie durchzusetzen. Antifasist Genclik versucht durch eine gezielte politische Arbeit, speziell die Probleme der hier lebenden MigrantInnen, unserer Eltern, Familien, Jugendlichen, aufzugreifen und sie beim Namen zu nennen, eine breite Öffentlichkeit zu organisieren, die mit uns zusammen unsere Forderungen nach doppelter Staatsbürgerschaft, Wahlrecht für Immigrantinnen, Gesetze gegen Diskriminierung und Ausgrenzung durchzusetzen, indem wir Veranstaltungen, Demonstrationen organisieren und eine Zeitschrift herausgeben.
Neben Demonstrationen und Veranstaltungen finden wir es wichtig und notwendig, nicht länger bereit zu sein, sich zu verstecken, wenn Neonazis auf der Straße marschieren, Veranstaltungen abhalten und ihre menschenverachtende Politik verbreiten, sondern gemeinsam hingehen, sie zu stören und es zu verhindern. Denn wir haben früh genug lernen müssen, daß nur ein entschlossenes Entgegentreten im Vorfeld, die Ausbreitung faschistischer Organisierung und Angriffe verhindern kann/wird. Wir begreifen uns als einen Teil der antifaschistischen Bewegung in Deutschland. Weder die

Antifaschistische Bewegung in Deutschland, noch die eigenständige und unabhängige Initiative Antifasist Genclik, haben es sich zum Ziel gesetzt, propagiert oder entsprechende Aktionen durchgeführt, die bewußt zum Tode eines Neonazis führen sollten, jeder Tod eines Menschen ist nie ein angestrebtes oder auch nur gebilligtes Resultat von antifaschistischen Aktionen.
- Wir lehnen mit aller Härte die gemeinschaftliche Mordtheorie der Staatsanwaltschaft und des Staatsschutzes ab, eine Theorie, die durch manipulierte Aussagen und unter dubiosen Umständen zustande gekommen ist. Diejenigen, die uns heute hier als Mörder und Gewalttäter verurteilen wollen, verurteilen alle Menschen, AntifaschistInnen, die für ein Leben kämpfen, in der jeder, egal, welcher Hautfarbe, Nationalität, Geschlecht leben kann, ohne Ausgrenzung, Diskriminierung und Angst.
- Wir hoffen, daß die Interessen der StA, Staatsschutz und Politik uns für Jahre in den Knast zu stecken, nicht aufgehen wird.
- daß eine breite, antifaschistische Öffentlichkeit uns in unseren Forderungen und der Legitimität des antifaschistischen Kampfes nicht allein lassen und unterstützen wird
- Und wir sagen noch einmal: Der Kampf gegen Faschismus, Sexismus und Rassismus ist gerecht und notwendig!
- Wir grüßen alle Menschen, AntifaschistInnen, Initiativen, die uns seit Monaten nicht allein gelassen haben und uns unterstützt haben, unsere Freilassung gefordert haben und werden!

Politische Erklärung von Hasim

■ 1979 bin ich aus der Türkei nach Deutschland gekommen. Meine Mutter war schon neun Jahre vorher in die Bundesrepublik gegangen, weil sie in der Türkei keine Arbeit fand und nicht wußte, wovon sie leben sollte. Sie gehörte zu den billigen Arbeitskräften, die von den Deutschen in der Türkei angeworben worden waren. Sie hat hier immer gearbeitet. Für die schmutzigsten Arbeiten war sie gut. Aber aus der deutschen Gesellschaft blieb sie ausgeschlossen. Bis heute. Sie kannte nur ihre Sprache. Die eigene Kultur blieb weit weg zurück. Heute ist sie vom vielen Arbeiten in Deutschland krank, wie viele meiner Landsleute.



Ich blieb allein in der Türkei zurück, bis ich nachkommen konnte. In Berlin bin ich in die Schule gegangen. Einen Abschluß konnte ich nicht machen. Dann habe ich gearbeitet 15 Jahre, im Gastronomiebereich. Ich bekam nur schlecht bezahlte Arbeiten. Ich hatte ja keine Ausbildung. Vor 10 Jahren habe ich angefangen, mich für die Situation von uns Türken in Deutschland zu interessieren. Ich habe festgestellt, daß wir alle Pflichten in diesem Land hatten aber keine Rechte. Unsere Lage war immer unsicher. Um die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis und der Arbeitserlaubnis mußten wir betteln, lange anstehen. Bei der Ausländerpolizei bekamen wir zu spüren, daß wir hier nur geduldet sind. Wenn wir uns auch nur das Geringste zu Schulden kommen ließen, mußten wir fürchten, die Arbeitserlaubnis zu verlieren oder gar aus dem Land geworfen zu werden.
Politiker redeten über die Ausländer wie über eine Landplage. Von „Asylantenflut" und „Überfremdung" hörten wir fast täglich im Radio und Fernsehen. Es wurden Rückkehrprämien ausgesetzt. Die Politiker wetteiferten mit Plänen, wie sie uns am schnellsten loswerden konnten. Viele gingen in die Türkei zurück und merkten, daß sie auch dort fremd geworden waren.
Die Haltung weiter Teile der deutschen Bevölkerung uns gegenüber folgte den Reden der Politiker. Während man uns früher meist übersehen, ignoriert hatte, bekamen wir immer häufiger Abneigung, Ablehnung und Abscheu zu spüren. Auf der Straße, in der Bahn, in Kneipen und in den Ämtern wurden wir als Menschen zweiter und dritter Klasse behandelt. Wir wurden als störend behandelt. Oft wurde uns offen Feindschaft gezeigt. Auch vor 1989 gab es Beschimpfungen und Anmache von Ausländer. Es gab Angriffe und rassistische Übergriffe. Von den Behörden und den Medien wurde versucht, alles zu verharmlosen und zu vertuschen.
1989 nach dem Fall der Mauer wurde die Lage für uns Ausländer in Deutschland viel schlimmer. Die Angriffe häuften sich, sie wurden brutaler. Die Folgen waren schwerer. Vor allem aber wurde Rassismus und Ausländerfeindlichkeit offen vertreten und auch in den Medien verbreitet. Ich erinnere mich zum Beispiel an die Äußerungen vieler Deutscher im Fernsehen nach den Überfällen auf Flüchtlinge in Hoyerswerda. Normale Bürger spendeten den Gewalttäter Beifall und begrüßten die Gewalt gegen Flüchtlinge. Das war kein Einzelfall. Auch in Berlin trafen wir immer mehr auf Hetze gegen Türken und alles, was fremd aussah. Hitlers Geburtstag, der Todestag des Hitler-Stellvertreters Heß wurden offen gefeiert.
Wir Nichtdeutschen, Einwanderer und Flüchtlinge waren die, die unter der zusammenstürzenden Mauer begraben wurden. Der Staat und die Politiker taten nichts, um uns zu schützen. Ganz im Gegenteil. Die Polizei sah weg, wenn Gewalttaten gegen Ausländer begangen wurden. Es drängte sich uns der Eindruck auf, daß Polizisten es richtig finden, wenn Gewalt gegen Ausländer und Flüchtlinge ausgeübt wurde. Der Eindruck, die Polizei stehe auf Seiten der gewalttätigen Deutschen, hat sich inzwischen bestätigt, nicht nur in Hamburg, Berlin und Magdeburg. Anzeigen von uns wurden gar nicht entgegengenommenen oder nicht bearbeitet. Wenn es einmal zu einem Prozeß wegen Gewalt gegen Ausländer kam, wurde gar keine oder nur eine geringe Strafe verhängt. In Ravensburg begründete der Richter im Februar 1992 das milde Urteil gegen einen Skin, der einen Angolaner erstochen hatte u.a. so: „Wir mußten davon ausgehen, daß die Hautfarbe des Opfers wesentlich zu der Tat beigetragen hat." Das Landgericht Paderborn sprach drei Rechtsextreme frei, die vor einem Flüchtlingswohnheim gegrölt hatten: „Wir wollen keine Asylantenschweine!" Zur Begründung hieß es, die Angeklagten hätten mit ihren Parolen lediglich eine verbale Kurzform für das gefunden, was viele Bundesdeutsche meinen, daß nämlich zu viele Ausländer hier leben. Strafprozesse gegen Ausländer endeten dagegen meist mit hohen Freiheitsstrafen und anschließender Abschiebung.
Die Politiker taten alles, um die Emotionen gegen Nichtdeutsche zu schüren. Kein Tag verging, an dem nicht über neue Hetze von Politikern der großen Parteien gegen sog. Asylanten und Ausländern berichtet wurde.
Klaus Landowsky, CDU-Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus Berlin: „Es kann nicht sein, daß ein Teil der Ausländer bettelnd, betrügend, ja auch messerstechend durch die Straßen ziehen, festgenommen werden und nur, weil sie das Wort „Asyl" rufen, dem Steuerzahler auf der Tasche liegen."
Prof. Heckelmann, Innensenator in Berlin: „Die berechtigte Empörung über die ungeheuerlichen Rostocker Vorgänge aber dürfen nicht dazu führen, lediglich neue Diskussionslawinen über angebliche Ausländerfeindlichkeit der Deutschen loszutreten, während das eigentliche Problem, der fortgesetzte unkontrollierte Zustrom von Ausländern auf dem Weg des Asylmißbrauchs weiterhin ungelöst bleibt."
Nicolaus Jung, CDU-Bürgermeister in Lebach, Saarland: „Die Stadt wird nicht

Politische Erklärung von Hasim...

zulassen, daß in Lebach die Zigeuner tanzen."

Manfred Ritter, CSU-Landesanwalt, Ansbach/Bayern: „Vergleiche mit einem Heuschreckenschwarm, der überall, wo er durchzieht eine Wüste hinterläßt, sind keineswegs übertrieben. Die Lösung kann daher nur lauten: Konsequente Abschirmung Europas vor der Zuwanderung aus den Entwicklungsländern."

Alfred Dregger, ehem. Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion: „Ausländer sind Gäste, nicht Bürger, und von daher auch keine Mitbürger."

Steffen Reiche, SPD-Vorsitzender in Brandenburg: „Große Flüchtlingsströme aus dem Osten können der Europäischen Kultur ein Ende setzen. Sie können für Europa gefährlicher werden als die Rote Armee in der Zeit des Kalten Krieges.

Basilius Streithofen, Dominikanerpater und ehem. Berater des Bundeskanzlers: „Juden und Polen sind die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers."

Nicht nur die Reps, auch die CDU bestritt mit der Hetze gegen Ausländer auch Wahlkampf. Das berüchtigtste Beispiel ist der Wahlkampf 1991. Der damalige CDU-Generalsekretär Rühe erklärte 1991 die sogenannte Asylfrage zum Wahlkampfthema Nummer Eins. Er verschickte im September 1991 an alle CDU-Funktionsträger ein Schreiben, in dem er sie aufforderte in den Gemeinden, Kreistagen und Länderparlamenten die Asylpolitik zum besonderen Thema zu machen. Er legte Argumentationsleitfäden und Mustererklärungen für die Presse bei und einen Musterantrag, in dem vorformuliert war, daß „weitere Asylbewerber von der Gemeinde nicht mehr zu verkraften seien". Die Folge waren immer mehr Angriffe gegen uns, Brandstiftung und Mord. Hünxe, Rostock, Mölln, Solingen sind die Namen der Orte, an denen die schlimmsten Mordtaten begangen wurden.

Wen wundert es, wenn danach ein Angeklagter im Prozeß wegen der Anschläge in Mölln sagte: „Ausländer? Das sind für mich Menschen dritter Klasse. Ich unterscheide allerdings zwischen Ausländern und Asylanten ... Asylanten sollten allerdings dahin gehen, wo sie herkommen. Zu Ausländern möchte ich sagen, daß ich nichts gegen die habe, die bei uns arbeiten. Wenn sie keine Arbeit mehr haben, müssen sie Deutschland sofort verlassen. Ansonsten nehmen sie uns Deutschen die Wohnung weg. Ich habe keine Arbeit, weil mich niemand will, daß führe ich darauf zurück, daß die Ausländer mir die Arbeitsplätze wegnehmen, weil sie für billigeres Geld arbeiten. Aus den Gründen kann ich Ausländer nicht und schon gar nicht Asylanten leiden ... Ich bin stolz, daß ich ein Deutscher bin."

In Hünxe war der Zusammenhang zwischen CDU-Wahlkampf und rechter Gewalt offensichtlich. Drei Tage, nachdem ein Antrag entsprechend des CDU-Wahlkampagne („eine weitere nennenswerte Zuweisung von Asylbewerbern ist für die Stadt nicht mehr verkraftbar") im Gemeinderat verabschiedet worden war, wurden von Skinheads Brandbomben in ein Ausländerheim geworfen und zwei libanesische Mädchen dadurch schwer verletzt. Die Politiker reagierten auf solche Verbrechen nicht mit Mitgefühl, Hilfe und Schutz für die Opfer. Sie sprachen meist, wie der damalige Innenminister Seiters, nur von der „schweren Aufgabe", vor der die Polizei stehe, und bedauerten, daß das Ansehen Deutschlands im Ausland beschädigt wurde. Die Exportchancen der deutschen Wirtschaft standen auf dem Spiel. Die Wirtschaftsinteressen waren das, was dem Bundeskanzler und den Ministern Sorge machte, nicht der Tod der türkischen Menschen. Sie forderten, endlich müsse das „Asylantenproblem" gelöst werden.

Wir sahen unser Leben in Gefahr, unsere Würde bedroht. Wir sahen, daß der deutsche Staat uns nicht schützt. Immer mehr von uns beschlossen, den eigenen Schutz selbst in die Hand zu nehmen. Wir schlossen uns zusammen, wir bildeten Antifa-Gruppen. ich habe mich bei den Berliner türkischen Jugendgruppen dafür eingesetzt, die Fehde untereinander zu beenden, damit wir uns gemeinsam gegen die rassistischen Angriffe der Rechten besser wehren können. Ich habe mich darum bemüht, daß wir selbst unseren Schutz organisieren.

Wir haben nicht angefangen. Die anderen haben den Krieg gegen uns eröffnet. Der Krieg, den wir nicht gewollt haben, ist uns von anderen aufgezwungen worden. Wir sind nicht die Angreifer. Wir haben ein Recht, uns zu wehren, ohne Beleidigung und ohne Angriffe auf unsere Gesundheit und unser Leben hier zu leben.

Wir haben uns gewehrt. Wir haben erreicht, daß wir wenigstens in unseren Wohngegenden im Wedding, in Schöneberg und in Kreuzberg halbwegs sicher sind. In Kreuzberg kann ich auch abends mit meiner Frau auf der Oranienstraße spazierengehen, ohne mich ständig umschauen und zur schnellen Flucht bereit sein zu müssen. In Marzahn und Hellersdorf kann ich das nicht. Diese Sicherheit für Ausländer hat nicht die deutsche Polizei geschaffen. Das mußten wir selbst erreichten. Rassistische und fremdenfeindliche Gewalt gibt es in Kreuzberg fast nicht mehr.

In der Nacht des 4. April 1992 wollten wir erreichen, daß es in Kreuzberg für uns sicher bleibt. Deshalb sind wir in das China-Lokal gegangen. Wir wollten die Reps und die anderen Faschisten vertreiben. Wir wollten nicht, daß die Reps sich bei uns breit machen und uns beleidigen und angreifen können. Deshalb wollten wir sie verjagen. Wir wollten niemand töten.

Vor Gericht gehören die, die für die rassistische Gewalt gegen Einwanderer und Flüchtlinge und andere Minderheiten verantwortlich sind.

Nicht nur den Skins und den organisierten Neonazis sollte der Prozeß gemacht werden. Auch die im deutschen Staat und in der Politik, die durch ihr Reden und Handeln in Deutschland dazu beigetragen haben, daß unser Leben bedroht und unsere Würde mit Füßen getreten wurde, müßten vor Gericht gestellt werden.

Das du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen.

Auf Betreiben des Staatsschutzes wurde unser Spendenkonto zum zweiten mal von der Bank gekündigt. Bis etwa 20. Oktober kommen Eure Überweisungen noch an (Kündigungsfrist). Im nächsten Herzschläge Bulletin (Nr. 2) werden wir eine neue Kontoverbindung veröffentlichen. Es werden noch immer jede Menge Spenden benötigt...



ACHTUNG! Adressenänderung!

FreundInnen und UnterstützerInnen der gefangenen + gesuchten Antifas
c/o Prozessbüro
Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin
Tel.+Fax: 694 93 54

Wir brauchen *auch* Geld für die Unterstützung der gefangenen Antifas.

Spendenkonto bis 20.10.94:

M. Holzberger
Kto.-Nr.: 1300 953 00
Commerzbank
BLZ 100 400 00

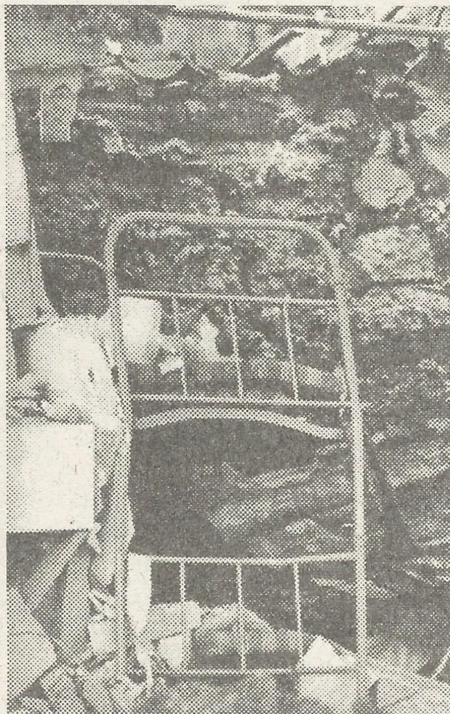
V.i.S.d.P.: G. Schulz, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

„Mit Ja oder Nein geantwortet"

Am 3. Verhandlungstag, dem 4.10.94 begannen die Einlassungen zur Sache. Alle Gefangenen, die sich zur Sache äußern wollten, sollten zuerst gehört werden und danach zu einzelnen Tatkomplexen befragt werden.

Den Anfang setzte Seyho. Er erklärte, daß die Anklage grundfalsch sei und er die dort gemachten Vorwürfe nicht auf sich und auf den zu Unrecht in Haft befindlichen Freunden sitzen lassen will. Sein Anwalt erklärte in seinem Namen, daß Seyho den Hergang schildern wird, aber keine Personen nennen will, die nicht im Verfahren sind und demzufolge keine Stellungnahme abgeben können. Seine politische Motivation, warum er zu dem Nazitreffen gegangen ist ,dokumentieren wir in der nächste Ausgabe des Bulletins.

Ausgangspunkt der ganzen Ereignisse war, nach Schilderung von Seyho, wie auch von Mehmet, daß der Onkel von Fatma gegen ca. 24.00 in eine Kreuzberger Kneipe kam und von einem Naziübergriff in besagtem Chinarestaurant erzählte. Dort wurde ein pakistanischer Rosenverkäufer von der am Tisch sitzenden Nazirunde laut rassistisch beschimpft und entwürdigt. Er hatte sich eingemischt und wurde von den Nazis daraufhin bedroht. Zu diesem Zeitpunkt hatte Abidin bereits längere Zeit diese Kreuzberger Kneipe verlassen. Nach Schilderung des Vorfalls wurde ohne lange Diskussionen beschlossen, dorthin zu gehen und die Nazis aus der Kneipe zu schmeissen. In der Kneipe bekam Carsten Pagel eine Ohrfeige und sein Stuhl wurde unter ihm weggetreten, er verschwand dann unter dem Tisch. Es kam dann zu einer heftigen Auseinandersetzung, als ein sehr großer Nazi mit Stühlen warf und mit einem Stuhl um sich schlug. Im Rauslaufen hat Seyho dem Wirt noch eine Waffe aus der Hand geschlagen, auf dem Weg zum Auto hörte er zwei dumpfe Geräusche, als würde geschossen werden und eine Fensterscheibe klirren. Er erfuhr erst am nächsten Morgen aus dem Radio, daß es einen Toten gegeben hatte.



Dolgenbrodt 1993

Als nächstes äußerte sich Carlo, der vorweg drei Punkte der Anklage bestritt:

1. Er habe nicht mit einem Messer gestochen, er habe keines dabei gehabt.
2. Er habe keine Tränengaspistole, sondern eine Gasspraydose gehabt.
3. Abidin wäre nicht dabei gewesen, er hätte ihn den ganzen Abend nicht gesehen.

Carlo erzählte, wie er von dem Naziübergriff erfahren hatte und daß er beschloß, mit zu dieser Kneipe zu fahren, um was gegen die Nazis zu machen. Als er dann in der Kneipe war, bekam er mit, daß sie von einem bulligen Nazi zurückgeschlagen wurden. Er setzte daraufhin sein Tränengas ein. Er hat auch erst am nächsten Morgen erfahren, daß es einen Toten gegeben hatte und war total erschrocken. Nach der Schilderung des Hergangs gab Carlo eine politische Erklärung ab (wir dokumentieren sie in der nächsten Nummer).

Bazdin Yoldas schilderte bei seiner Beschreibung der Ereignisse in dem Chinarestaurant, daß G. Kaindl, in dem Augenblick, als er vom Stuhl nach vorne kippte, eine Waffe (!) in der Hand hatte. Er belastete eine nicht im Verfahren befindliche Person damit, daß sie zugestochen habe. Erkan belastete ebenfalls eine Person, von der er gesehen haben will, wie sie zugestochen habe. Darüber hinaus könne er sich an fast nichts mehr erinnern, mit der Ausnahme, daß die ermittelnden Staatsschützer in den Verhören Sätze formuliert hätten und er „mit ja oder nein geantwortet" habe.

Als letzter kam Mehmet zu Wort, der eine persönliche Erklärung zu seiner ihm vom Staatsschutz und Staatsanwaltschaft zugewiesenen Führungsrolle bei Antifa Genclik abgab:

Er gehöre zu Antifa Genclik, er teile die Ansichten von Fatma und Abidin; sie hätten versucht, öffentlich zu arbeiten, hätten sich aber auch gegen Nazis zur Wehr gesetzt. Die Beschreibung „Führer von Genclik" lehnte er ab, er fühle sich nicht so und es sei eine Beleidigung für alle, die mit ihm zusammengearbeitet haben. Er erklärte, daß er an diesem

(Fortsetzung nächste Seite)

Gefangene freuen sich über Post

Fatma Balamir, BuchNr.:950/93/8, JVA Frauen, Friederich-Ollbricht-Damm 1713627 Berlin

Mehmet Ramme, BuchNr.: 5436-3, UHA Moabit, Alt-Moabit 12a, 10559 Berlin

Abidin Eraslan, BuchNr.: 5455-93, UHA Moabit, Adresse wie oben

Seyho Karaaslan, BuchNr.: 3293-94, UHA Moabit, Adresse wie oben

Carlo Blietz, BuchNr.: 3954-94, UHA Moabit, Adresse wie oben

Erkan Sönmez, Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, Oranienburgerstr. 285, 13437 Berlin

„Mit Ja oder Nein..."

Abend Abidin nirgends gesehen habe, bzw. nichts mit ihm zu tun gehabt habe. Er gab dann eine lange politische Erklärung ab (siehe Dokumentation), bevor er sich zum Sachverhalt äußerte. Er hätte sich im hinteren Teil der Kneipe aufgehalten und versucht, den Wirt zu beruhigen. Als sie rausgelaufen sind, hörte er eine Scheibe zerbrechen und zwei Schüsse. Er habe auch erst am nächsten Tag von dem Toten erfahren, er war überrascht und betroffen.

Nach der Mittagspause wurde die Verhandlung mit der Befragung der Angeklagten zum ersten Tatkomplex (Kreuzberger Kneipe) fortgesetzt. Abidin erklärte, daß er zur Klärung seines Aufenthalts in jener Kneipe einen förmlichen Beweisantrag stellen wird, da der Staatsschutz ihn vor 10 Monaten zu einem „Täter" gemacht habe, ohne daß er damit etwas zu tun habe.

Danach mußte Seyho fast eine Stunde lang Rede und Antwort stehen. Seyho gelang es in überzeugender Weise, die Konstruktionen der Anklage zu widerlegen. Die Befragungen wurden dann am folgenden Verhandlungstag, dem 7.10.94, fortgesetzt.

Die Genese eines Mörders

oder: Die Methoden des Berliner Staatsschutzes

Am 4. Verhandlungstag, dem 7.10.94 sollte es im wesentlichen um den weiteren Verlauf des Geschehens an jenem 3. April 1992 gehen. Dazu wurden die einzelnen Angeklagten weiterhin befragt. Nachdem Seyho noch einmal kurz zu Details in der Kreuzberger Kneipe befragt wurde, wurden die Fragen an Bazdin Yoldas gerichtet. Er bestätigte im wesentlichen die Aussagen von Seyho, was den Ablauf des Abends anging. Auf Nachfragen, wie die Unterschiede zu seinen polizeilichen Aussagen zustande kommen, schilderte er ausführlich die Verhörsituation beim polizeilichen Staatsschutz.

Er wurde am 2. Dezember 1993 zu Hause morgens um 6 Uhr festgenommen. Die festnehmenden Polizeibeamten seien hart und unverschämt gewesen, ganz im Gegensatz zu den Beamten des polizeilichen Staatsschutzes, die außergewöhnlich nett waren und ihn geduzt hätten. Seine erste Vernehmung dauerte von morgens 9 Uhr bis 15 Uhr nachmittags. Es gab ein mehrstündiges sogenanntes Vorgespräch. Am Anfang dieses Vorgesprächs erzählte Bazdin Yoldas ungefähr eine halbe Stunde den Sachverhalt, im Groben das gleiche, was er auch am Verhandlungstag zum Hergang schilderte. Danach wurden Bazdin die Aussagen des bereits Mitte November festgenommen Erkan Sönmez vorgehalten, er konnte auch einen Teil der Aussagen lesen. Er wurde darauf hingewiesen, daß Erkan seine Aussagen unterschrieben hatte. Darüber hinaus wurde ihm bedeutet, daß er, wenn er Aussagen mache, glimpflich davonkomme und nach Hause gehen könne. Die vernehmenden Polizeibeamten bestritten einen großen Teil der Zeit mit ihren Fragen, er hatte den Eindruck, daß es darum ging, daß seine Aussagen mit den Aussagen von Erkan übereinstimmen sollten. Er verließ sich auch darauf, daß die Aussagen von Erkan schon richtig sind, und sagte bei einigen Fragen „Ja" oder „kann sein". Er hat zum größten Teil bestätigt, was der Staatsschutz vorgeschlagen hat.

Nach diesen umfangreichen Vorgesprächen begab er sich dann mit den vernehmenden Beamten in einen weiteren Raum, wo dann von den Beamten die Sätze formuliert und niedergeschrieben wurden. Er sollte „nein" sagen, wenn etwas falsch wäre. Er wollte zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich nur noch seine Ruhe haben, unterschrieb dann die Aussagen ungelesen und war sich der Tragweite seiner Aussagen nicht bewußt. Als er nach Akteneinsicht die Aussagen las, fand er vieles falsch dargestellt, was er heute auch in der Hauptverhandlung korrigiert hat.

Die heutige Hauptverhandlung hat den Staatsschutz auf die Anklagebank gesetzt!

Die von der Staatsanwaltschaft offensichtlich politisch motivierte Anklage „gemeinschaftlicher Mord" ist mit dem heutigen Verhandlungstag weitestgehend demontiert.

Freiheit für die angeklagten Antifas!

Infos/Termine

Donnerstag, 13.10., 18.30 Uhr, ARRANCA lädt ein! Lesung Nanni Balestrini, Mathe-Gebäude, TU Berlin

Montag, 31.10., 18 Uhr voraussichtlich im Roten Salon der Volksbühne: Lesung mit Mauricio Rosencof aus seinem neuen Roman

Weitere Veranstaltungen sind im Oktober geplant. Wir werden berichten.

Achtung! Bei den Prozeßterminen hat sich Einiges geändert!

Jeweils Dienstags und Freitags, 9 Uhr, Landgericht, Moabit, Turmstraße

14.10. / 18.10. / 25.10. / 01.11. / 04.11. / 08.11. / 11.11. / 15.11. / 18.11. / 22.11. / 25.11. / 29.11. / 02.12. / 06.12.

Besucht und beobachtet den Prozeß!

V.i.S.d.P.: G. Schulz, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin